



**Immer strebe zum Ganzen! Und kassst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliess' an ein Ganzes Dich an!**

**Organ des Verbandes der
Porzellan-u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.**

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 283. Insertionsgebühr für die Pettzelle 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redakteur: R. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Fr. 41.

Charlottenburg, den 10. Oktober 1902.

29. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: **Berlin** (Mantl, Bergmannstr. 110), **Flörsheim a. M.** (W. Dienst), **Neustadt bei Coburg** (Porzellanfabriken Gebr. Koch und Heber u. Co.), **Regensburg** (Fa. Waffler) für Tellerdreher, **Selb** (Heinrich u. Hertel), **Stadtlengsfeld** (Firma Schweizer), **Stohheim bei Guskirchen** (Porzellanfabrik Helbig), **Zillowitz** (gräf. Frankenberg'sche Fabrik), **Waldendorf in Westf.** (Firma Grefel u. Co.).
Der Vorstand.

Dem Winter entgegen!

Der Sommer ist vorüber, der Winter legt über die Stoppelfelder, ja, der Herbst, den wir nach dem Kalender haben, zeigt sich mit seinen Nachfrösten, wie sie diese Woche sich zeigten, schon als halber Winter. Wir lesen eben in einem Tagesblatt, daß in den Biegeleien der Gegend um Königsberg i. D. Pr. acht Millionen Ziegel bei einer Nachttemperatur von 5 Grad Celsius „erfrozen“ sind. Wenn diese Ziegel natürlich im Freien der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt sind, auch in der Porzellanerei geht nun so langsam die Plackerel in den Werkstuben in Folge der niederen Temperatur an, und mancher Massearbeiter wird bei der zumeist ungenügenden, unpraktischen und unzulänglichen Einrichtung bezüglich der Erwärmung, die Einwirkungen der niederen Temperatur an seinem Körper verspüren.

Die hohen Fleischpreise, wie überhaupt die zufolge der allgemeinen wirtschaftlichen Krise für die Arbeiterschaft hervorgerufenen Zustände werden dazu helfen, daß eine wohlthätige „Wärme“ dem Arbeiter fremd bleibt und dem nahenden Winter sehen Tausende mit Sorgen und Kummer entgegen.

In Zeiten eines halbwegs normalen Geschäftsganges ist es gewöhnlich der Fall, daß mit Eintritt der kürzeren Tage und längeren Nächte, mit dem Wegfall des Bewegens in der schönen Natur nach Feierabend, die Bewegung im Innern der Organisation in ein lebhafteres Tempo eintritt. Die Versammlungen, die im Sommer wegen des schönen Wetters öfter geschwänzt werden, sie weisen im Winterhalbjahr zumeist einen besseren Besuch auf, und mancher Kollege erinnert sich da seiner Pflicht, mit den übrigen sich zusammenzuscharen und

gemeinsam in den Versammlungen über die Bestrebungen der Berufsorganisation zu unterhalten und auf Mittel und Wege zu sinnen, den Berufsinteressen zu dienen.

Eigentlich hätten die Porzellanarbeiter allerdings wenig Ursache, nur ihre Versammlungen zu besuchen und sich dort über ihre Berufsinteressen zu unterhalten, wenn das Wetter oder die Jahreszeit günstig dafür ist. Die nun schon über ein Jahr anhaltende wirtschaftliche Krise hätte es angezeigt erscheinen lassen, daß auch bei der größten Hitze, beim schönsten Ausflugs Wetter ein jedes einzelne Mitglied die Versammlungen besucht und dort dem Gedanken der Zusammengehörigkeit praktischen Ausdruck gegeben hätte. So mancher von Haus aus wankelmütige Kollege wird durch das Beispiel „zielbewusster“ Genossen, das sie durch ihre Theilnahmlosigkeit an dem Versammlungsbesuche gegeben haben, zum Ignorieren der Organisation, zum Austritt aus derselben bewogen worden sein. Allerdings werden diese bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit den Schaden allein zu tragen haben, indem sie, betroffen von dem Schicksale der Entlassung, nun noch nicht einmal die Unterstützung der Organisation in Form von Arbeitslosen-Unterstützung erhalten. Die unklugen Worte: „Es nützt ja doch nichts“, scheint nur allzu viele Anhänger und Nachbeter gefunden zu haben, und so viel wir auch bestrebt waren, durch das geschriebene Wort die Einigkeit und die Zusammengehörigkeit in der Organisation zu beleben, müssen wir bedauerlicher Weise gestehen, daß der Erfolg unseres Bestrebens vieles zu wünschen übrig läßt.

Weber fliegen freilich Demjenigen, der sich heute in die Berufsorganisation hat aufmachen lassen, gleich morgen die gebratenen Tauben in den Mund, noch kann die Organisation als eine Glückshenne angesehen werden, die auf Wunsch Jedem güldene Eier in den Schooß legt. Aber nicht wegzuleugnen ist es, daß die Berufsorganisation und besonders wie diejenige der Porzellanarbeiter mit ihren Unterstützungszweigen ausgebaut ist, gerade in den jetzigen Zeiten nicht zu entbehren ist. Welche Unsumme von Noth und Elend mehr würde nicht in unseren Kreisen bestehen, wenn die Hunderte von Arbeitslosen nicht durch die Unterstützungen wenigstens einigermaßen geschützt wären, und während Bezuges derselben versuchen könnten,

für die Zukunft andere Arbeitsgelegenheit zu erhalten.

Freilich muß zugegeben werden, daß in solchen Zeiten wirtschaftlichen Niederganges, trotz der Organisation, so manche Bedrückung hingenommen werden muß, daß so manche Verschlechterung der Arbeits- und Verdienstverhältnisse, wenn auch kairischend, aber leider doch hingenommen werden mußte.

Wie unendlich mehr aber noch würden die Berufsgenossen erst getnebelt werden, wenn nicht doch im Hintergrunde die Organisation stände und schließlich immer im Staube ist, auch bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage, allzu handgreiflichen Bedrückungen die Spitze zu bieten. Und deswegen muß immer wieder der Appell an die überzeugten Genossen ergehen, die wankelmütigen Elemente zu stützen und bei diesen selbst Muth und Vertrauen hervorzurufen.

Auf wen sollen wir uns denn überhaupt weiter verlassen, als auf uns selbst, auf unser eigenes Schutz- und Kampfmittel, die Organisation? So wie die Dinge heute liegen, versucht man von allen Seiten immer nur die große Masse des Volkes, die Arbeiterschaft dazu zu benutzen, die Taschen Anderer zu füllen; die Verhandlungen über die Schaffung höherer Löhle, der augenblickliche Fleischmischer lassen beispielsweise dies nur zu deutlich erkennen. Da ist der Einzelne machtlos, nur gemeinsam ist es möglich, die Interessen der Bedürftigen zu wahren. Die „Arbeitgeber“ geben uns dazu vor allen Dingen das beste Beispiel, enger und enger schließen die sich zusammen.

Wenn man von einem Bankier spricht, da glaubt doch Jeder, dieses Metier ist ein gutes; nun, zumeist ist das wohl der Fall, das Geldgeschäft nährt seinen Mann und nur besonders dumme Spekulationen oder noch mehr wie leichtfertiges Verschwendeleben kann schließlich auch da einmal einen „Kraach“ herbeiführen, aber auch dann wird diese Sorte „Arbeiter“ keinen Hunger zu leiden haben. Und doch ist auch bei den Bankiers die Wahrung der Berufsinteressen die Triebfeder gewesen, daß die Gewerkschaftsbewegung um eine neue „Gewerkschaft“ bereichert wurde. In der Selbststadt Frankfurt a. M. hat jüngst eine Zusammenkunft von Bankiers stattgefunden, die sich einen Verband geschaffen hat. Frei-

lich, eine Arbeitslosen-Unterstützung brauchen diese „Genossen“ in ihren Verband wohl nicht einzuführen, dabei ist es aber auch für Arbeiter ganz interessant, zu wissen, was die Bankiers sich eigentlich in ihrem Verband für Ziele gesetzt haben:

„Man wolle der bedauerlichen Muthlosigkeit ein Ende bereiten, die den deutschen Bankierstand angesichts der kapitalfeindlichen Haltung weiter Kreise ergriffen habe und ihm das Gefühl nehmen, als ob jedes Anknüpfen dagegen vergeblich sei. Weiter erstrebe der Verband, das Standesbewußtsein des deutschen Bankierstandes zu heben und Better heranzubilden, die sich der mit Rücksicht auf das Gemeinwohl gezogenen Schranken stets bewußt sind und bleiben. Nothwendig sei vor allem aber, Männer in das Parlament zu senden, die Handel und Industrie mindestens nicht fremd, jedenfalls aber nicht feindlich gegenüberstehen, und Politiker fernzuhalten, die auch auf dem Bank- und Börsenwesen sich zur Gesetzgebung berufen fühlten, ohne mitunter mehr davon zu verstehen als etwa die Eskimos vom Telephon. Man erstrebe nicht besondere Vorrechte, wolle aber auch nicht länger Versuchsobjekt der Gesetzgebung sein und ein Börsengesetz bestehen lassen, das die ehemals blühenden Fonds- und Produktenbörsen zu Winkelbörsen und Kalamitäten herabdrückt. Die durch das Börsengesetz bewirkte Demoralisirung im Geschäftsverkehr und die dadurch hervorgerufene Schädigung des deutschen Namens im Ausland sei eine „Verlustliste des deutschen Rechtsgefühls“. Die Einbringung der Novelle zum Börsengesetz müsse bald erfolgen, sollen nicht die schweren Schäden weiter am sich greifen und der Gesetzungsprozeß im mittleren und kleinen Bankierstand sich fortsetzen.“

Daraus geht hervor, daß diese Herren freilich etwas mehr wollen als wir, die wir gemäß § 152 der Gewerbeordnung „möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen“ erstreben.

Wenn also diese Herren, die gewöhnt sind, in seiner Equipage mit Gummirädern zu kutschieren, in den Salons, kurz überall da, wo es „hoch“ hergeht, die erste Geige zu spielen, das Bedürfnis fühlen, sich in einem Verband zusammen zu thun, — wie viel mehr hat es nicht der Porzellanarbeiter, die Porzellanarbeiterin nöthig, mit allen Mitteln dahin zu streben, sich in der Berufsorganisation zusammen zu schließen?

Wir erhalten im Gegensatz zu anderen Gewerkschaftsblättern sehr wenig Versammlungsberichte von den Zahlstellen zur Veröffentlichung zugesandt. Was aber davon dennoch eintrifft, giebt ein Bild von den gebrühten Verhältnissen, unter denen die Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen zu leiden haben. Deshalb aber auch meinen wir, sollte nun beim Eintritt der kühleren Witterung, bei der Versammlungen gewöhnlich besser besucht zu werden pflegen, alles gethan werden, um die gleichgültigen Elemente unter der Kollegenschaft aufzurütteln und sie für die Organisation zu gewinnen, vor allen Dingen aber auch dafür sorgen, daß die derselben sich Angeschlossenene dieser auch trenn bleiben und ihnen das alberne „es nützt ja doch nichts“ ausreden. Was steht der Arbeiterschaft gerade in der nächsten Zeit nicht alles bevor und macht die regste Theilnahme an der gewerkschaftlichen und nicht minder politischen Bewegung nothwendig. — Und wenn in der Zahlstelle wirklich Niemand wäre, der das Zeug dazu hat, den Versammelten ein einfaches Referat über irgend ein Thema vorzutragen, so sind doch heutzutage in unseren Tageszeitungen schon (wir wollen in Bescheidenheit gar nicht auf unsere „A.“ hinweisen) Artikel und Abhandlungen, die,

wenn sie den Versammelten vorgelesen werden, Stoff zum Nachdenken, ja auch Veranlassung zum Besprechen geben. Der Reichstag wird demnächst wieder eröffnet. Die Reden unserer Vertreter bei der Berathung des Zolltarifes werden eine Masse Stoff bieten, die Berufs-genossen unsere wirtschaftlichen derzeitigen Verhältnisse vor Augen zu führen und wenn die uns Fernstehenden nicht vollständig jeden Verständnisses haar sind (wir nehmen an, daß die Zahlstellenverwaltungen, wenn nicht besondere Umstände dies verbieten, Unorganisirte als Gäste zulassen) müssen auch sie am Ende einsehen, daß sie zur Organisation gehören. Den dann gewonnenen Mitgliedern durch stets vollständiges Erscheinen in der Versammlung und durch anständiges Benehmen und sachliche Verhandlungen zu imponiren, darf nicht außer Acht gelassen werden.

Man könnte auch auf unsere öfteren Ermahnungen, Alles zu thun, um unsere Verbandskolonnen zu füllen, vielleicht uns das „es nützt ja doch nichts“ entgegenhalten. Nun, deswegen wollen wir aber doch nicht ablassen, hin und wieder einen Ton, wie im Vorstehenden, los zu lassen.

Wir glauben recht gern, daß manche von unseren Mitgliedern, die die „A.“ nun doch einmal laut Statut bezahlen müssen, diese ungeliesenen bei Seite legen, diese werden eben schon darüber hinaus sein, sich Anregungen von ihrem Verbandsorgan zu holen. Dagegen wissen wir aber auch, daß der größere Theil der Mitglieder jede Nummer mit Interesse entgegensteht und denen möchten wir mit Vorstehendem wieder einmal eine Anregung gegeben haben, zum Besten unserer Organisation und deren Bestrebungen zu arbeiten. Wenn wir zur Zeit, gezwungen durch die allgemeinen Verhältnisse, auch manchmal nicht so, wie es sich für eine „Kampfsorganisation“ gehört, operiren können, vielleicht nur eine Faust in der Tasche machen können, so müssen wir doch daran denken, daß nach dieser auch eine andere Zeit kommen muß und wird. Die „stille Zeit“ sollte deshalb zur inneren Festigung der Organisation, zur Ausbildung aller Mitglieder benutzt werden.

Sowohl unser Organ, als auch alle jene Zeitungen, die für die Emanzipation der Arbeiterschaft eintreten und die im deutschen Vaterlande zahlreich genug vorhanden sind, geben dazu eine Fülle von Material.

Daß neben den Verwaltungen die Agitationskommissionen erst recht alles thun werden, um beim Eintritt ins Winterhalbjahr die Organisation unserer Berufs-genossen und „Genossinnen“ zu betreiben, setzen wir als selbstverständlich voraus.

Freiheit.

I.

Zu den erheblichsten Einwänden gegen den „proletarischen Zukunftsstaat“ gehört die gegenrührerseite oft ausgesprochene Befürchtung, daß jener Staat das Grab aller persönlichen Freiheit sein werde. Ein roher Kasernenkultus, ausgebeutet auf alle möglichen Behätigungen, werde mit brutaler Faust alle Neuerungen höher gearteter Individuen niederschlagen und auf Schritt und Tritt starrs dem unglücklichen Staatsbürger jener Epoche Reglement auf Reglement entgegen.

Aus seiner Haut kann Niemand heraus, und es ist nur logisch, daß die Vertheidiger unserer — ach, so freiheitlichen! — Weltordnung bei ihren Betrachtungen in einem Zuchthausstaat landen, denn es ist ihr Geist, der ihnen gebührt!

Zwar rühmt sich unser Selbstbürgertum seiner „Liberalität“. Es thut sich nicht wenig darauf zu gute, den „despotischen Junterstaat“

„umgestürzt“ zu haben (was — siehe Zollwucher! — nur sehr bedingt der Fall und — man denke an 1848! — zum größten Theil Proletarierkäufen zu verdanken ist). Sang doch Heinrich Heine schon im Jahre 1844:

Die Jungfer Europa ist verlobt
Mit dem schönsten Genusse
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm,
Sie schmelzen im ersten Kusse.

Seider ist's mit dem Ehen so eine zweifel-hafte Sache. Wenn die Fliederwochen vorbei sind, offenbaren sich häufig die Gegensätze und aus der liebesdürftigen Jungfer wird eine böse Kantippe.

Der Genius der Freiheit durfte sich bald nicht mehr mühen. Nur bei festlichen Anlässen mußte er den Schlafrock ausziehen und eine Rede halten. Im Uebrigen führte die Frau Bourgeoise das Wort. Nach außen hin giebt es kein einigeres Paar. Aber „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Man muß sich die Kinder ansehen, wenn man die Eltern kennen lernen will.

Eine stattliche Reihe ist's, die da vor uns aufmarschirt. Leuchtet ihnen in's Gesicht und ihr werdet ausrufen müssen: „Ganz die Mutter!“ Nur hier und dort zeigt sich ein schwächlicher Zug vom Vater Genius. Und wenn wir an den Bastard Sozialistengesetz denken, so haben wir alle Ursache, anzunehmen, daß es die ehemalige Jungfer Bourgeoise nicht allzu genau mit ihrer ehelichen Treue nimmt.

Aber haben wir nicht die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Religionsfreiheit, die Pressfreiheit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, ja, sogar die Streikfreiheit?

Gewiß. Sie sind aber auch danach. Sehen wir uns die letzten vier Arten an.

Nichts charakterisirt die Pressfreiheit besser als die Thatsache, daß fortwährend Redakteure von Arbeiterblättern ihren Aufenthalt hinter vergitterten Fenstern zu nehmen gezwungen sind. Zwar bezweifelt heute wohl kaum noch Jemand, daß die Freiheit der Presse eine nothwendige Freiheit ist. Denn die Presse ist der Spiegel, in dem die Welt und ihre Erscheinungen sich unverzerrt spiegeln sollen; sie ist oder soll doch sein das Gewissen der Zeit, das Manometer der Volksseele, die unbeeinflusste Kritik im Dienste der Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir wissen zwar, daß ein großer Theil von Zeitungen Reflexspiegel sind, aus denen die uns zweifelhaftige Ordnung der Dinge stets sauber gepuzt und ohne Fehl, zurechtgeputzt und geschminkt, heraussteht. Denn die Welt ist wie jene eitle Dame, die wüthend ihren Spiegel zertrümmerte, als er ihr ein häßliches Antlitz mit einer großen Warze auf der Nase zeigte. Was Wunder, wenn so mancher Stieb auf die unverschämten Spiegel der Arbeiterpresse fällt? Warum legt sie den Zuständen keine hübsche Frisur auf? In der That ist es ungemein häufig „die Form“ irgendwelcher Angriffe oder Mittheilungen, welche der peinlich-sorgamen Rechtspflege unser Zeit Anlaß zu sühnendem Eingreifen giebt. Man schiebt den Wahrheitsbeweis zu weilen als „unwesentlich“ bei Seite, trotzdem erst auf seinem Grunde eine gerechte Würdigung der Thatsachen möglich ist. Und gar manche Beispiele noch ließen sich anführen, die ein eigenartiges Bild von der „Freiheit der Presse“ geben würden.

Die Versammlungsfreiheit hat in den mannigfachen deutschen Königs-, Fürsten-, Herzogthümern und „freien Städten“ ihre unterschiedliche Physiognomie. Preußen ist neuerdings durch das „Segment“ der Frauen berühmt geworden. Die auf der Tribüne leuchtenden Helme der „überwachenden Beamten“ sind die charakteristischen Attribute der

Versammlungsfreiheit. In den Händen der Polizeigewaltigen liegt die Macht, die Grenzen jener Freiheit zu bestimmen; daß sie nicht zu weit gezogen werden, dafür birgt die Auffassung jener Organe von dem, was für die „Unterthanen“ gut ist. Ein lumpiger Regenschirm, vom Adlerauge des Ueberwachenden als revolutionäre Waffe betrachtet, kann die Auflösung herbeiführen. Und wenn, wie jüngst in Sachsen, die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses besprochen werden sollen, die Behörde aber nicht „über diesen Punkt der Tagesordnung informiert ist“, so verbietet man der Einfachheit wegen die Versammlung. Das Gleiche tritt ein, wenn, was ja bei jeder Arbeiterversammlung vorauszu sehen ist, „die Volksleidenschaften aufgestachelt werden sollen“.

Von der Vereinsfreiheit, die auch mit der Versammlungsfreiheit zusammenhängt und unter ähnlichen Umständen leidet, hat einmal ein Rechtsprofessor gesagt: „Das Koalitionsrecht existiert; es darf nur nicht ausgeübt werden.“ Mit zauberhafter Gewandtheit versteht man es mancherorts, die politischen Schlüssel zu drehen, welche den Gewerkschaftsfilialen die Türe schließen. Die Forderung der Einreichung der Mitgliederlisten, welche jeden Einzelnen unter die fürsorgliche Kontrolle der Polizei stellt, erinnert bedenklich an die Maßnahmen, mit denen ein gewisses horizontales Gewerbe bedacht wird. In Charlottenburg wurde kürzlich ein junges Mitglied eines politischen Vereins auf die Polizeiwache geladen, wo ihm empfohlen wurde, die Mitgliedschaft rückgängig zu machen, weil ihm dieselbe schaden könne. Der junge Mann dankte für die Liebenswürdigkeit. Am folgenden Sonnabend wurde er von seiner Stelle wegen Arbeitsmangel entlassen! Dieselbe Freiheit hat das „politische Tanzvergnügen“ erfunden und viele andere schöne Dinge. Aber wenn schon bei einer Polka der Staat wackelt, um wieviel mehr muß dies der Fall bei Arbeitseinstellungen sein?

Denn wir haben auch eine Streikfreiheit! Es ist Manchem nicht angenehm, daß sie existiert. Aber man sollte sich mit den „Rautelen“ zufrieden geben, denen sie in der Praxis unterworfen ist. Ein Streik ist ein Uebel. Niemand zweifelt daran. Ein mitunter sehr nothwendiges Uebel meinen wir, eine schreckliche Gemeinheit, meinen — Andere. Gegen die Freiheit der „schwarzen Listen“ haben diese Anderen nichts einzuwenden, gar nichts. Mit Vergnügen stimmen sie der Forderung von Arbeitern, die auf Monate und Jahre hinaus brotlos gemacht werden sollen, zu; aber ihr ganzes Mitleid erwacht, wenn es dem Unternehmer an den Kragen geht. Da werden mitunter sogar Soldaten als Klausritzer mobil gemacht und Reservisten freundlichst eingeladen, für einen Lumpenlohn die leeren Plätze zu besetzen. Streikenden Ausländern wird von der deutschen Freiheit empfohlen, schleunigst über die Grenze zu verduften; Streikposten, die ruhig und friedlich ihres Amtes walten, werden verhaftet und — wenn's irgend sein kann — prozessirt; jedes Wort, einem Streikbrecher zugerufen, grenzt an Majestätsbeleidigung — und sie selbst, die unverständigen Opfer, werden von Polizisten und Gendarmen eskortirt wie regierende Fürsten!

Vom Glanz der Pickelhauben und blanken Knöpfe überstrahlt, sieht die gebrechliche deutsche Freiheit auf der Armesünderbank. Man hat sie böse zugerichtet. Man kennt den Genius, der einst der Jungfer Europa in den Armen gelegen haben soll, nicht mehr wieder. Er ist unter die Räder des Kapitalismus gerathen. Wer kann ihm helfen?

Ein zweiter Artikel soll die Antwort darauf geben.

Das Anwerben von Arbeitswilligen

an Stelle streikender oder vom Unternehmer ausgesperrter Arbeiter, wird vom Unternehmer meistens in ganz rigoroser Weise betrieben. Wenn z. B. unsere Herren Porzellanfabrikanten, sobald in ihrem Etablissement Differenzen, Streiks ausgebrochen sind, wenn sie, wie beispielsweise die beiden Firmen in Neustadt, Arbeiter gar wegen Verbandszugehörigkeit aussperren, in den Fach- oder Tagesblättern Ersatzkräfte suchen und den Grund des Bedarfes solcher dabei mittheilen, wäre wenig dagegen einzuwenden. Aber meist wird der Grund in dem Gesuche nicht angegeben, diejenigen Arbeiter, die nicht organisiert sind und Arbeit auf das Gesuch hin in dem betr. Geschäft nehmen, erfahren erst bei ihrem Eintritt davon etwas, daß sie eigentlich als Streikbrecher fungiren sollen.

Wir erinnern uns da mancher früherer Fälle, wo die an den Räder Gegangenen, an den Seimhängengebliebenen, hinterdrein drastisch ihrer Empörung gegen die betr. Arbeitgeber Luft machten; sie hatten pantänonen oft ganz bedeutenden Schaden, sie hatten ihre Arbeiterehre beschmutzt und mußten die Verachtung ihrer Kollegen einstecken, kurz, alles das, weil ihnen vom Unternehmer nicht mitgeteilt worden war, daß sie Ersatzkräfte für Streikende oder Aussperrte vorstellen sollten. Ist ihnen dies aber wirklich mitgeteilt worden, so hat man ihnen doch so viel Gutes versprochen, solche hohen Löhne „garantirt“, daß ja für manchen armen Teufel viel Ueberwindung dazu gehört, nicht zuzugreifen. Hinterdrein entpuppten sich allerdings die hohen Löhne und sonstigen Versprechungen als eitel Wind — nun, wir wollen auf spezielle Fälle nicht verweisen, wer die Rubrik „Aus unserm Berufe“ der letzten Nummern der „A.“ gelesen hat, wird Bescheid wissen. Dabei haben die Unternehmer den Mund arg vollgenommen, wenn wir unsere Berufsgenossen vor Zugang nach ihrem Eldorado warnten, mancherlei Klagen wurden erhoben, allerdings nicht immer mit Erfolg, wie z. B. es ja auch den Hrn. Mattschaff-Frankfurt i. St. nicht gelungen ist, uns an den Galgen zu bringen.

Ein ganz interessantes Urtheil ist neuerdings in München in einer ähnlichen Sache gefällt worden und zwar birgt das Urtheil, ganz abgesehen davon, daß es ein freisprechendes ist, eine Anzahl Stellen in sich, die werth sind, den Spalten eines Gewerkschaftsblattes vollständig einverleibt zu werden.

Wir entnehmen deshalb der Nr. 232 des „Vorwärts“ folgenden Bericht:

Ein bayrisches Gericht über den Streikbruch.

München, 1. Oktober. Das Münchener Schöffengericht hat dieser Tage ein Urtheil gefällt, das durch seine Auffassung über den Streikbruch wohlthuend von dem absteht, was man sonst von deutschen Gerichten zu hören gewöhnt ist.

Während des letzten Schneiderstreiks brachte unser hiesiges Parteiorgan einen „Die Ortsverwaltung“ unterzeichneten Artikel, der sich mit den Verhältnissen bei der großen Schneiderfirma Schwarz u. Sohn beschäftigte. Es wurde darin mitgeteilt, bei dieser Firma seien acht böhmische Arbeitswillige beschäftigt, die durch das Anerbieten der höchsten Löhne nach München gelockt wurden und sich nun in der größten Nothlage befänden:

„Theilweise verheirathet, haben sie in der Heimath alles verkauft und verlegt in der Erwartung, hier einen hohen Verdienst zu finden. Sie sahen sich indessen bitter getäuscht, und so darben die Frauen der Arbeitswilligen drüben in Böhmen, während diese sich hier

ebenfalls in den ärmlichsten Verhältnissen befinden. Sie mußten 8—14 Tage in der Werkstätte des Herrn Schwarz auf Tisch und Boden schlafen. In Arbeit befindliche Kleidungsstücke der Kundschaft und Watte, die zur Verarbeitung der Kleider, besonders der Uniformen, gebraucht wird, dienten als Unterlage und Zudeck. Die Arbeitswilligen haben sich in einem Schreiben an den hiesigen böhmischen Verein um Unterstützung und vorläufige Gewährung der Mittel zur Rückreise gewandt. Der böhmische Verein setzte sich mit der Ortsverwaltung unsres Verbandes in Verbindung, worauf vom Verband die Kosten für die Rückreise von zwei der Arbeitswilligen zur Verfügung gestellt wurden. Im Auftrage eines Dritten erhob der Verband Klage gegen die Firma Schwarz u. Sohn am Gewerbegericht. Die übrigen dürften die Kosten Rückreise nicht werth sein. Sie sollen ruhig weiter arbeiten und wir sind überzeugt, daß die Kundschaft sich ein zweites Mal für Arbeiten dieser Art höchstens bedanken wird.“

Wegen dieses Artikels firengten die drei Firmeneinhaber Beleidigungsklage an gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“ Marth. Gruber. In der Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß aus dem Sekretariat des Arbeitgeber-Verbandes an böhmische Arbeiter Briefe geschrieben wurden, in denen entgegen den wirklichen Thatsachen behauptet war, der Streik in München sei bereits zu Ende. Den Leuten wurde ferner ständige Arbeit und guter Verdienst durch den Arbeitgeberverband, dessen Sekretär der mitklagende Firmeneinhaber Karl Schwarz ist, garantirt; den Verheiratheten werde man es ermöglichen, in 4—6 Wochen ihre Familien nachkommen zu lassen. Durch diese Versprechungen ließen sich verschiedene böhmische Schneider nach München locken, die zum Theil erklärten, sie würden auf keinen Fall gekommen sein, hätten sie gewußt, daß hier gestreikt würde. Einer dieser Arbeiter, Namens Falta, hatte daheim alles verlegt, um nur das Reisegeld zusammenzubringen, und mußte Weib und Kind in der größten Noth zurücklassen. Da er nicht zum Streikbrecher werden wollte, gerieth er in die größte Verzweiflung und wandte sich an den böhmischen Verein um Unterstützung. Aber auch einige der bei Schwarz u. Sohn beschäftigten böhmischen Streikbrecher kamen klagend an diesen Verein, daß sie in ihren Hoffnungen schmächtig getäuscht worden seien. Die Angaben, die diese Leute über ihre Lagerstätten machten, gaben die Unterlagen für die hierauf bezüglichen Stellen des Artikels in der „Münch. Post“. In der Verhandlung gaben diese Streikbrecher, die noch bei den Klägern beschäftigt sind, dies alles zu, nur will keiner Kleidungsstücke bei dem Nachlager verwendet haben, so daß in dieser Richtung der Angeklagte den Beweis schuldig bleiben mußte.

Durch den Leiter des Schneiderstreiks, den Genossen Ries, wurde schließlich noch festgestellt, daß die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes auf Veranlassung des böhmischen Vereins und zahlreicher böhmischer Arbeiter die „Münch. Post“ um eine öffentliche Besprechung der geschilberten Zustände ersucht hatten, um weiteren Zugang böhmischer Arbeiter zu verhindern.

Das nach kurzer Beratung gefällte Urtheil lautete auf Freisprechung Grubers und Ueberbürdung sämtlicher Kosten auf die Kläger. In der mündlichen Begründung führte der Ober-Amtsrichter aus:

Es wurde angenommen, daß es Sache des Arbeitgeberverbandes ist, dafür zu sorgen, daß die böhmischen Arbeiter von dem Bestehen eines Streiks Kenntniß bekamen. Keineswegs

war es angängig, diese Thatsache des Streiks zu verschweigen, noch weniger aber, entgegen der Wahrheit, zu behaupten, der Streik sei schon beendet. Ob für diese Unterlassung die Kläger verantwortlich sind, hielt das Gericht nicht für angebracht, festzustellen; an und für sich ist der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes dafür verantwortlich und in dem Artikel der „Münch. Post“ ist nicht davon die Rede, daß die Kläger persönlich dafür verantwortlich seien. Daß es aber von großer Wichtigkeit für die Arbeiter war, Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen zu erhalten, wird bewiesen durch den Umstand, daß sie entweder genötigt waren, sich den mit dem Streikbruch verbundenen erheblichen Unannehmlichkeiten auszusetzen oder — wie es bei dem Zeugen Falta der Fall war — in die größte Nothlage zu kommen. Es ist nachgewiesen worden, daß sich die Familie des Falta in großer Nothlage befand. Solcher Nothlagen konnten die nach München herbeigerufenen Arbeiter nur entgehen durch den Streikbruch, und das ist eine Handlung, die man einem Arbeiter, der zu dem Kreise der Organisation gehört, nicht wohl zumuthen kann.

Und wenn auch nicht in Bezug auf die Arbeitslöhne, so wurde doch in anderer Weise nicht dem entsprochen, was die Arbeiter nach den ihnen gegebenen Zusicherungen erwarten durften. Sinfältlich des Nachlagers ist allerdings erwiesen, daß die Arbeiter 8—14 Tage auf einer Anrichte untergebracht waren. Ueber die Beschaffenheit der Lagerstätten konnte nur ein kleiner Theil von dem erwiesen werden, was in dem Artikel behauptet ist.

Beleidigend ist die Behauptung, Kleidungsstücke der Kundschaft seien beim Nachlager benützt worden; das ist ein sehr schwerer Vorwurf. Allein hier ist dem Beklagten der Schutz des § 193 zuzubilligen. Es ist durch den Zeugen Ries nachgewiesen, daß der Redacteur mittelbar auf Ersuchen böhmischer Arbeiter fremde Interessen gewahrt habe, indem er die angeblichen Mißstände vor der Öffentlichkeit besprach. Sonach hat der Redacteur in Vertretung der Interessen der Ortsverwaltung des Schneiderverbandes bezw. des böhmischen Vereins gehandelt. Dieses Interesse bestand darin, daß nicht weiterhin böhmische Arbeiter die Vereinsmittel in Anspruch nahmen dadurch, daß sie Geld zur Rückreise in die Heimat verlangten. Das an die Redaktion gestellte Verlangen, den inkriminierten Artikel aufzunehmen, war sonach berechtigt.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Nach folgenden Orten können die Mitglieder weder Fahrkosten noch Unterstüzung erhalten (kleine Sperre) und können nur auf eigenes Risiko Stellung dort nehmen, weil die betreffenden Firmen Verbandsmitglieder boykottiren:

Alexandrinenthal, Althaldensleben (außer W. Gerde, C. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Breslau (Giesel, Steingutfabrik), Frankfurt a. D. (Paetsch, Mattschak), Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Meng), Ramenz (D. Vogt), Königszelt, Ilmenau (Wicht u. Co.), Sangerhausen, Wannheim-Räfertal (Rheinische Porzellanfabrik M. Sterner), Meuselwitz i. S.-A., Passau, Rodach, Rheinsberg, Roschütz bei Gera, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Stanowitz, Seegerhall, Suhl, Sörnewitz, Schmiednitz (Krause), Scheibe, Thale (Eisenwerk), Triptis.

Sofern Mitglieder in obigen Geschäften arbeiten und der Ansicht sind, daß die Firmen-

inhaber nichts mehr gegen die Verbandszugehörigkeit einzumenden haben, so wolle man versuchen, eine schriftliche Erklärung hierüber zu erlangen, damit der betreffende Ort in obiger Liste gestrichen werden kann.

Der Vorstand.

In Regensburg, Firma Waffler, sind die Tellerdreher wegen Lohn Differenzen entlassen worden; der Vorstand hat demzufolge in der Sitzung vom 30. September beschlossen, Regensburg für Tellerdreher zusperrern.

In Meuselwitz, Firma Unger, werden Verbandsmitglieder boykottirt, infolge dessen ist über diese Firma die kleine Sperre verhängt worden. Nach und von Meuselwitz werden weder Unterstüzung noch Fahr- und Umzugskosten gezahlt. Die Mitglieder mögen dies im eigenen Interesse gut beachten.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

Das Mitglied 18754 Lorenz, unbekanntes Aufenthaltes, wird ersucht, sein Quittungsbuch an das Verbandsbureau zu senden. Kassierer, bei welchen das Mitglied vorsprechen sollte, werden ersucht, das Buch zwecks Einlieferung zurückzubehalten, Unterstüzung aber nicht zu zahlen.

Der Verbandschriftführer.

An die Zahlstellenkassierer und Revisoren!

Regelmäßig werden von mehreren Zahlstellenkassirern die Abschlüsse nicht nur sehr spät, sondern auch in einer Verfassung eingekandt, daß von einer ordnungsgemäßen Abrechnung keine Rede mehr sein kann. So kommt es z. B. des öfteren vor, daß die Gesamtsumme der im Abschlußstreifen in Einnahme gestellten Beiträge mit der im Abschlußformular in Einnahme gestellten Summe nicht übereinstimmt. Wenn in solchen Fällen ein Schreib- oder Rechenfehler von Seiten des Kassirers vorliegt, nun, so müßte derselbe meines Erachtens nach bei einigermaßen gewissenhafter Revision von den Revisoren gefunden und richtig gestellt werden.

Ferner sind den Abschlüssen über alle Ausgaben die Quittungen beizulegen. Die Quittungsformulare sind stets berartig auszufüllen, daß genau daraus zu ersehen, für welchen Zweck der quittirte Betrag gezahlt worden ist. Bei Berechnung der Prozente werden immer noch Fehler gemacht, trotzdem ich schon in Nr. 41 und 42 der „M.“, 1901 darauf verwiesen habe, wie die Berechnung vorzunehmen ist. Ich will jedoch nochmals darauf verweisen, daß die 8 pSt. für den Bildungsfond und die 8 pSt. für die Zahlstelle nur von den Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen des Verbandes, dagegen die 4 pSt. Entschädigung des Kassirers von den Eintrittsgeldern und Wochenbeiträgen des Verbandes und Beihilfefonds berechnet werden.

Die Entschädigung des Kassirers wird für beide Rassen nur im Abschluß des Verbandes in Ausgabe gestellt. Sämmtliche Beiträge für die „M.“ sind stets an die Hauptkasse einzusenden. Ueber Gelder, welche aus der Verbandskasse für den Beihilfefond oder aus dem Beihilfefond für die Verbandskasse entnommen werden, ist dem Abschluß eine Ausnahme-Anweisung beizulegen. Dasselbe gilt auch für die Fälle, in denen Gelder als Ausnahme zurückbehalten werden, gleichviel für welche Kasse, nur sind diese Gelder in demselben Quartal, in welchem dieselben in Ausgabe gestellt sind, auch wieder in Einnahme zu stellen. (§ 4 Abs. 2 der Rassenordnung.)

Arbeitsunfähige (franke), sowie Nichtunterstützungsberechtigte arbeitslose Mitglieder sind

von den Beiträgen befreit, wenn darüber eine Bescheinigung dem Abschluß beigelegt wird. Aber nur in diesem Falle wird die Beitragsbefreiung zugelassen. Ebenso werden von einigen Zahlstellenkassirern die Einnahmen und Ausgaben des Beihilfefonds mit im Abschluß der Verbandskasse aufgeführt, dieses Verfahren ist unzulässig. Für den Beihilfefond ist eine besondere Abrechnung einzusenden. Auch für den Beihilfefond ist dem Abschluß ein Streifen beizulegen und sind in diesem Streifen die Mitglieder getrennt nach Klassen zu führen. Die Bemerkungsrubrik in den Streifen ist gewissenhaft auszufüllen.

Bezüglich der Ausfertigung des Krankenscheines durch den Arzt wird vielfach der § 7 des Beihilfefond-Reglements falsch ausgelegt, indem die betreffenden Kassierer annehmen, im Falle der Arzt Entschädigung verlangt, genüge auch die Abschrift von dem Fabrikkrankenschein über Anfang und Ende der Krankheit, dies ist jedoch ein Irrthum und hat stets zur Folge, daß der betreffende Krankenschein zurückgesandt werden muß. Der § 7 des Beihilfefond-Reglements spricht nur von der wöchentlichen Bescheinigung durch den Arzt, hebt jedoch die Bestimmung des § 6 Abs. 1 des Reglements nicht auf, welche besagt, „Anfang und Ende muß vom Arzt bescheinigt sein“.

Ich ersuche diese Bestimmung genau zu beachten. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß gemäß § 34 Abs. 3 und § 35 Abs. 2 des Verbandsstatuts für den Bildungs- und 8 pSt.-Fond vierteljährlich ein Abschluß einzusenden ist und sind diesen Abschlüssen ebenfalls über sämmtliche Ausgaben die Quittungen beizulegen.

Da jedoch diese Bestimmung erst von der letzten Generalversammlung getroffen wurde und mit dem 1. Juli in Kraft trat, bemerke ich, daß diesmal für diese beiden Rassen die Abrechnung für 3 Quartale (1., 2., 3. 1902) zu geben ist, mit Ausnahme derjenigen Kassierer, welche über 1. und 2. Quartal die Abrechnung schon eingekandt haben, diese haben selbstverständlich nur über das 3. Quartal zu berichten. Es sei gleichzeitig mit bemerkt, daß aus dem 8 pSt.-Fond nur an ausgestehende Mitglieder freiwillige Unterstüzung gezahlt werden darf. Ueber die, den Zahlstellen zum Verkauf zugesandten Streikmarken, ist ebenfalls vierteljährlich eine Abrechnung einzusenden. Für die Abrechnungen sind die von der Hauptkasse gelieferten Abschlußformulare zu benutzen.

W. Herben, Verbandskassierer.

Aus unserm Berufe.

— Von Neustadt b. Coburg wird mitgetheilt, daß die vergangene Woche sich eine Arbeitswillige in der Person von Klara Schneider für die Firma Heber u. Co. gefunden hat. Acht Wochen lang hat die Frau die Unterstüzung der Organisation bezogen, auch für die Woche vor ihrem Einzug bei Heber hat sie dieselbe rasch noch erhoben. Man möge sich über solche Handlungsweise selbst die geeignetsten Bemerkungen machen.

Eine eigenartige Illustration der Thatsache, daß die obige „Arbeitswillige“ am selben Dienstag, wo sie zur Fabrik des Herrn Heber ging, ihre beiden 5 und 2 Jahre alten Kinder in der Wohnung einschloß. Die Kinder mögen wohl zu den Streichhölzern gelangt sein, es entstand — ein Zimmerbrand, wobei neben der Vernichtung der Zimmereinrichtung, die Kinder beinahe den Erstickungstod gefunden hätten. — Ein zugereifter Metallarbeiter machte sich den Spaß, sich bei Heber als Puppenkopfmaler auszugeben und um Arbeit anzu-

fragen. Die Frau Heber meinte, das passet schön, sie brauchen gerade einen Maler, als aber Herr Heber fragte, ob er auch beim Berliner Verband sei und der Pseudomaler bejahte, wurde ihm sofort die Thür gewiesen. Herr Heber bleibt sonach fürchtbar „konsequent“.

Bezüglich des arbeitswilligen Schneiders, von dem es in Nr. 40 hieß, er habe eine Reserve-Übung gemacht, wird berichtet, daß derselbe keine Übung gemacht, sondern zwei Jahre bei einem Garde-Regiment in Potsdam gestanden habe. Ganz unglaublich klingt uns die Mitteilung, daß organisierte Berufsgenossen von außerhalb sich nach Neustadt begeben, in der Nähe der beiden Fabriken sich aufhalten und erst von den Ausgesperrten auf die Situation aufmerksam gemacht werden mußten. Das „Haltet Zuzug nach Neustadt fern“ glaubten wir nicht noch besonders Verbandsmitgliedern zuzurufen zu müssen, es geschieht hiermit aber ausdrücklich. Man wolle uns die Namen der trotzdem dort Zugereisten mitteilen. — Die Glasarbeiter Stockheim's haben den Ausgesperrten einen Betrag von 15,50 Mk. übermittelt, wofür diese dankend quittieren. — Im „Tageblatt-Neustadt“ wird arg darüber gemurmelt, daß ein Agent aus Basel in Neustadt verfuhr habe, Spielwaarenarbeitern dort zu engagieren, ja es sei das Ungeheuerliche schon geschehen, daß ein Drucker thätlich nach Basel engagiert worden sei. Man wolle, so meint das Blatt, in der Schweiz eine Puppen- und Spielwaarenfabrik ins Leben rufen, „unsere Industrie verschleppen“. Das Blatt ist der Ansicht, daß die ausländischen Fabrikanten, durch Engagement Neustädter Arbeiter, die dortige Fabrikationsweise kennen lernen wollen „und uns durch dort vorhandene billigere Arbeitskräfte Konkurrenz machen wollen“.

Du lieber Gott in Basel, wo soll es denn noch billigere Arbeitskräfte geben, als in dem schönen Neustadt! Es heißt wirklich nicht im allgemeinen Interesse gehandelt, wenn das Blatt vor derartigen Engagements warnt, sondern es vertritt dabei nur die Interessen der Fabrikanten, die ihre nur allzu billigeren Arbeitskräfte am Orte behalten wollen. In einer Betrachtung über die Herrschaft des Oktobers, weist das Blatt auf die jetzige Kartoffelernte hin, auf „die langen Reihen gefüllter Säcke in tabelloser Front aufgestellt“, die die Gewißheit geben, daß die Kartoffel, „das billigste und darum begehrteste Nahrungsmittel des Thüringers“, gut gerathen ist.

Ein wahres Glück für Neustadt und wohl auch für das gesammte Thüringer Waldgebiet, daß es wenigstens noch mit der Kartoffel in diesem Jahr klappt, zu etwas anderem wird der erzielte Verdienst ja selten gut langen.

Wenn das Blatt gleich dahinter auch auf die L. Kerbissen, die der Oktober bescheert, die Gans und — uns läuft das Wasser im Munde zusammen — den Karpfen hinweist, so finden wir es nicht hübsch von dem Schreiber der betr. Oktobernotiz, daß er den armen Spielwaarenarbeitern und den Porzellanern den Appetit auf solche Leckerbissen anregt, die sie sich doch nicht kaufen können.

Als Ausfluß der Porzellanarbeiterbewegung, so schreibt das „Tageblatt-Neustadt“ (richtiger hätte es geschrieben: als die Folge der Vergewaltigung der Porzellanarbeiter wegen Inanspruchnahme des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes), ist ein Drucker F. M. vom Schöffengericht deswegen zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er einen Schreiner R. geohrfeigt hat. Derselbe hatte in der Heber'schen Fabrik weiter gearbeitet, bezw. auf sein Koalitionsrecht verzichtet. Der Sünder war schon vorbestraft, deswegen die

hohe Strafe. — Wir sind die Besten, die die Force des F. M., einen Arbeitswilligen durch Ohrfeigen von der Unrichtigkeit seines Thuns überzeugen zu wollen, billigen. Wir meinen aber, daß diejenigen, die eine „Porzellanarbeiterbewegung“ heraufbeschwören, wie es in Neustadt der Fall ist, die über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen aussperren, daß diese an solchen Vorkommnissen einen gewissen Theil Schuld tragen.

— In unserer Mitteilung über den Abgang des Werkführers Scherzers in Mannheim können wir heute nachtragen, daß derselbe als Direktor in der Porzellanfabrik Jecha bei Sondershausen bereits eingetreten ist. Wir hoffen und wünschen, daß dort seine Stellung gegen die organisierten Arbeiter eine denselben günstige sein möge.

— In der Steingutfabrik von Theod. Baetsch, Frankfurt a. O., ist bei den Dreher-Allordlöhnen eine „Revision“ und neue Kalkulation vorgenommen worden, die eine Lohnereduktion von 10—30 pCt. darstellt. In nächster Nummer etwas Näheres davon.

— **Rahla.** Mancher Leser dieses Blattes wird im Glauben sein, daß hier ein Eldorado für die Porzellanarbeiter sei. Das wird aber dadurch hervorgerufen, daß sehr lange Zeit nichts über die hiesigen Verhältnisse geschrieben worden ist und soll hiermit etwas nachgeholt werden. Auch uns hat die Krise noch erreicht; zunächst wurde einige Wochen Montag und Dienstag ausgelegt, in der Wiesenmühle sogar noch Mittwoch, hauptsächlich kommen Dreher in Betracht. Bei den Malern der Aktien-Gesellschaft scheint man sich anders geholfen zu haben, da haben 18 Mann ihre Kündigung erhalten, welche nunmehr abgelassen ist. Unter den Gefündigten sind natürlich meistens Familienväter betroffen, welche schon 10—18 Jahr in dem Geschäft arbeiten. Wir haben deshalb eine große Anzahl Arbeitslose am Ort. Vor dem Einzug der Krise hatten sich die Maler an der Fondsprige zusammengesetzt um ihr Loos zu verbessern, leider ohne Erfolg, die Direktion verhandelte wohl mit den Malern, es kam aber nicht zur Einigung und waren 8 Mann zu unterstützen. Freilich hätte diese Angelegenheit anders verlaufen können, wenn sich die Arbeiter besser informierten, mehr die Versammlungen besuchten, kurz mehr um ihre Interessen sorgten. Aber sehr oft tritt das Gegentheil ein, man sucht sich die Zeit mit der Karte zu vertreiben, seinen Mißmuth durch allerlei Firtelsanz zu unterdrücken und glaubt, wenn man seine Beiträge bezahlt, alles gethan zu haben um seine Lage, wenn auch nicht gerade zu verbessern aber doch vor dem Schlimmsten geschützt zu sein. Das ist aber nicht richtig. Jeder in der Porzellan-Industrie beschäftigte Arbeiter sollte sich vor Augen halten, daß die Unternehmer als Einzelne doch schon eine Macht bedeuten, sich aber trotzdem vereinigen, um noch besser ihre Interessen zu wahren, deshalb sollten die Arbeiter an ihrem Unternehmer lernen. Weil nun hier sehr häufig nach Arbeit gefragt wird durch Briefe u. s. w. so hat sich die Zahlstelle für einen Arbeitsnachweis am Orte erklärt, und wird im Interesse der hiesigen, sowie der auswärtigen Genossen Auskunft über alle Verhältnisse hier ertheilt von Genossen Karl Schulze Beob-schütz b. Rahla.

— In der Porzellanfabrik „Rosanil Potterie“ zu Wittertich soll der technische Leiter Herr L. bestrebt sein, die Arbeiter möglichst zu bebrücken. So habe er vor kurzer Zeit das sogenannte „Schalentrommeln“ eingeführt. Den Allordpreis hat er dabei ganz bedeutend reduziert, trotzdem jeder, der darin gearbeitet habe, wisse, daß mit dieser Methode

auch nicht mehr als mit Subel fertig zu bringen sei. Es wurden zwei Arbeiter vorstellig, kurzer Hand wurde ihnen aber der Stuhl vor die Thüre gesetzt, resp. sie wurden gefündigt. Auch würden von dem Herrn, sofern ihn die Dreher einmal etwas „nicht recht“ machen, gleich Medensarten gebraucht, die alles, nur keine Schmeicheleien bedeuten. Defektabhüge seien ebenfalls sehr an der Tagesordnung, so habe man kürzlich einem 15 jährigen Mädchen 3,80 Mk. Defekt in Abzug gebracht. Und bei all diesen ungemüthlichen Verhältnissen habe der Herr Direktor noch geäußert, er wäre viel zu gut mit den Arbeitern, er müsse jetzt ganz anders werden. — Na, das kann dann ja bitter werden meinen wir, hoffentlich bleibt es aber nur bei den Medensarten. — Da die Witterticher Berufsgenossen annehmen, die Fabrik brauche Ersatzkräfte für die wegen obiger „Remtenz“ Entlassenen, so ersuchen sie die Kollegen bei eventl. Engagement die größte Vorsicht walten zu lassen.

— Die Firma L. J. Schulz, Hamburg, suchte in voriger Nummer der „A.“ laut In-ferat eine Druckerin. Die darauf Reflektirenden können Näheres über Arbeitsverhältnisse in diesem Geschäft in Erfahrung bringen von der Zahlstellen-Verwaltung in Mannheim.

— **Kronach.** In Nr. 38 der „Ameise“ brachten wir eine kurze Notiz über die Verhältnisse der Firma Ph. Rosenthal u. Co. in Kronach mit der Bemerkung, daß wir auf die Einzelheiten noch zurückkommen werden. Wir waren der Meinung, daß auf Grund dieser Notiz, welche der Firma unzweifelhaft nicht unbekannt geblieben ist, Remedur geschafft werden würde. Das ist nun nicht der Fall geworden, die Verhältnisse haben sich vielmehr noch verschlechtert.

Die Beamten gehen mit militärischer Schneidigkeit gegen das Personal vor, wenn dasselbe versucht, mit der Direktion in Unterhandlung bezüglich Besserung der Zustände zu treten, so wird einfach Niemand vorgelassen. Das Beste ist der Grund, weshalb wir den Weg der Offenlichkeit durch unser Verbandsorgan beschreiten.

Der Grund der mißlichen Verhältnisse ist zumeist auf die eigenartige „Kalkulation“ der Allordpreise durch den Mustermaler Peterl zurückzuführen. Derselbe probirt einen Gegenstand aus, indem er sich die Uhr auf den Tisch legt, 40 Pf. Stundenlohn berechnet und nun 4—5 Stück „bearbeitet“. Darnach werden die Preise festgesetzt, wozu zu bemerken ist, daß wir vermuthen, der Mustermaler nimmt ein besseres Gold, legt dasselbe schwach auf, es kommt aus dem Ofen gut heraus. Dem Maler seine Sachen aber, auch wenn er sein Gold ebenso legt, kommen aus dem Feuer schlecht heraus. Der Obermaler Raffla ist überzeugt, so nehmen wir an, daß ein Unterschied in der Mischung oder Zusammensetzung des Goldes vorliegt, er bringt diesen Umstand an der geeigneten Stelle aber nicht vor, weil der Ober- und Mustermaler anscheinend nicht zusammen harmoniren. Der Arbeiter hat, wie immer, darunter zu leiden. Wenn der Obermaler gefragt wird, ob er, wenn die Maler ihre Arbeit so herstellen wie das Muster, dieselbe abnehme, antwortet er mit nein. Müßten nun die Maler das Gold so schwarz legen, wie es der Obermaler Raffla wünscht, so müßte auch der größte Künstler noch circa 5 Mk. pro Tag von zu Hause mitbringen. Das Gold soll aber „schwarz“ gelegt sein, anders nimmt der Obermaler die Sachen nicht ab, und unter diesen Umständen können die Maler schwer arbeiten. Statt, daß der Obermaler von Fall zu Fall prüft, läßt er fünf gerade sein, zur Zeit liegen 180 Dugend Gegenstände zur Ausbesserung vor. Herr

Direktor Bauer erklärte einer Kommission, daß die Ausbesserung auf Kosten des Geschäfts geschehen solle, für die Zukunft würden aber die Sachen, bei denen nachgewiesen, daß ein Arbeitsfehler vorliegt, auf Kosten der Maler ausgebessert. Damit war die Kommission einverstanden. Der Obermaler läßt aber das Zugeständnis des Herrn Bauer ganz außer Betracht, er muthet den Malern zu, daß Alles, was nicht gut aus dem Feuer bezw. aus der Abreibstube kommt, auch wenn die Kinder in der Abreibstube in Alford mit Sand an den erhöhten Stellen das Gold abreiben, für die Kosten des Ausbesserns aufkommen.

Die Maler sind durchaus nicht so unvernünftig, daß, wenn sie Arbeitsfehler verschuldet haben, sie sich weigern, auf ihre Kosten dieselben auszubessern, es kann aber doch nicht verlangt werden, daß sie für das Verschulden Anderer aufkommen sollen. Vier Maler, die dementsprechend dem Obermaler antworteten, wurden daraufhin gekündigt. Dabei ließ der Obermaler Raffla den betreffenden Malern den Betrag für das Ausbessern in Abzug bringen. Wir nehmen an, daß Herr Bauer von dem Gebahren des Raffla keine Ahnung hat. Der Geschäftsgang ist keineswegs als ein guter zu bezeichnen, hier ansässige Kollegen mußten viertel oder halbe Tage feiern, immer aber werden noch mehr Maler eingestellt. Bisher in Kündigung gestandene Kollegen haben unverschuldetes Feiern entschädigt erhalten, bei den obigen vier gekündigten Malern fiel aber auch diese Entschädigung weg. Gegen die Verbandszugehörigkeit hat die Direktion nichts, wohin soll es aber führen, wenn die Kollegen derart behandelt werden? Es werden immer Leute angenommen, es wird dauernde Arbeit versprochen, die Organisation zahlt Fahr- und Umzugskosten, nach kurzer Zeit aber wird denselben, wie es schon vorgekommen, die Kündigung zugestellt. Es ist hier ein beständiger Wechsel der Arbeiter, ja, auch der Beamten, wenn Letztere dem Prokuristen und technischen Leiter nicht schneidig genug sind. „Wem's nicht paßt, kann gehen“, dieser Satz ist hier so recht in Anwendung. Man sollte doch meinen, daß bei schlechterem Geschäftsgange zunächst auf die älteren, ansässigen Arbeiter Rücksicht genommen wird, statt dessen haben diese nicht voll zu thun und immer werden neue Arbeitskräfte eingestellt. Wir bitten deshalb die Berufsgenossen Deutschlands und Oesterreichs, obiges zu berücksichtigen, wenn sie wegen Engagement mit der Firma Bauer u. Rosenthal in Kronach in Verbindung treten.

Vorstehendes ist der Auszug mit Hinweglassung drastischer Stellen aus einem längeren Artikel über dortige Zustände. Wenn die Zahlstellenverwaltung der Ansicht ist, daß Herr Bauer von dem eigenthümlichen Verfahren des Obermalers, sowie des Mustermalers keine Kenntniss hat und wenn ihnen ein Vorstelligwerden versagt wird, so ist eine öffentliche Erörterung der Sache leider nicht zu umgehen. Sollte es denn wirklich so schwer sein, in der Goldfrage eine, beide Theile zufriedenstellende Lösung zu finden? Die Zwischenpersonen scheinen auch in diesem Falle, wie so oft, sich nicht ganz der Verantwortung bewußt zu sein, die sie als Vorgesetzte der Arbeiter und als Vertrauensmann des Unternehmers haben. Das Geschäftsinteresse wird unseres Erachtens weit mehr gewahrt, wenn beiden Theilen ihr Recht wird, als wenn nur einseitig der Arbeiter für die Sünden anderer aufkommen soll. Und was von dem großen Wechsel der Arbeiter und Nichtberücksichtigung der älteren ansässigen Arbeiter verlautet, sollte für die Direktion einer größeren Fabrik, deren Weiterentwicklung mit Rücksicht auf die technischen Kenntnisse

eines Herrn Bauer wünschenswerth ist, Veranlassung geben, den diesbezüglichen Klagen der Arbeiter entgegen zu kommen. Hoffen und wünschen wir, daß in einer Zeit, wo der Arbeiter mit Bangen nur an den Winter denkt, von der Direktion alles gethan wird, um wenigstens den Eindruck zu vermeiden, als wollte man auf Kosten der Arbeiter, die ungünstige wirtschaftliche Lage noch extra ausnützen.

— Die Nummer 1 „Der Porzellanarbeiter“, Organ für die Interessen der keramischen Arbeiterschaft Oesterreichs, liegt uns vor. Das Blatt erscheint alle 14 Tage am Freitag. Der Abonnementspreis beträgt für Deutschland pro Jahr 4 Mk. Die Redaktion und Expedition befindet sich in Fischern Böhmen, Fichtnerhaus 179. Redakteur ist Josef Kral, bislang Buchdrucker in Bischofteinitz, gedruckt wird das Blatt von J. Mähner in Bischofteinitz.

Der Verband der österreichischen Porzellanarbeiter hat, nachdem er sich von der „Union“ getrennt, bezw. neu konstituiert worden war, die Schaffung eines eigenen Verbandsorgans für notwendig gehalten, und haben die Mitglieder in einer Urabstimmung sich auch dafür entschieden. Es wird nun zunächst an den Porzellanarbeitern Oesterreichs liegen, in erster Linie durch Abonnement das Blatt zu unterstützen. Wenn jedes Mitglied auf seinen „Porzellanarbeiter“ abonniert, ist der Bestand des Blattes gesichert. An der Unterstützung desselben durch Einsenden von Berichten zc. aus den Kreisen der österreichischen Genossen zweifeln wir nicht; es schien uns bislang immer, als wenn in dieser Hinsicht unsere Berufsgenossen von drüben, den deutschen Genossen „über“ seien.

Wir wünschen dem neuen Mitstreiter für die Rechte der Berufsgenossen selbstverständlich den besten Erfolg. Möge es dem Blatte gelingen, die oftmals unerquicklichen Organisationsverhältnisse und Vorkommnisse, wie sie sich in letzter Zeit drüben abspielten, vergessen zu machen, und möge von nun ab der Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs mit Hilfe seines eigenen Organs einer guten Entwicklung entgegen gehen. Die deutschen Kollegen haben selbstverständlich an der Entwicklung der Bruderorganisation, an dem festen Zusammenschluß aller Berufsgenossen und Genossinnen in derselben das lebhafteste Interesse.

Wenn das neue Blatt, wie es in seinem Leitartikel schreibt, „sich nie mit kleinem Tratsch, mit persönlichen, daher auch meistens belanglosen Affairen und Skandalen befassen wird, weil es in seinen aufgestellten Forderungen nie über das sich gesteckte Ziel hinausschießen, sondern nur das verlangen wird, was unseren Fachgenossen und Arbeitern rechtlich und gesetzlich gebührt: „Entsprechende Arbeitszeit, möglichst gesunde Arbeitsstätten, genügend Lohn, Sicherung gegen Willkür!“ so wird es be- und geachtet von allen in Frage kommenden Faktoren werden und zum Besten der Berufsgenossen seinen Zweck erfüllen.

„Stetig vorwärts auf dem Wege der Bildung, auf dem Wege des ökonomischen und sozialen Fortschritts! Dieses soll und wird stets unsere Richtschnur sein!“

Diese Richtschnur wird das Blatt, daran zweifeln wir nicht, stets leiten und wenn wir dem Blatte, und zugleich im Namen der deutschen organisirten Porzellanarbeiterschaft, ein herzliches „Glück auf!“ entgegenbringen, so verbinden wir damit den Wunsch und die Hoffnung, daß „Der Porzellanarbeiter“ und „Die Ameise“ stets in guter Waffenbrüderschaft neben und mit einander für unsere durch keine Grenzpfähle abgetheilten Berufsinteressen wirken werden.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Der in München abgehaltene diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie war von 205 Delegirten, die 250 Mandate hatten, 37 Reichstagsabgeordneten, der Parteileitung und zahlreichen inländischen, sowie einigen ausländischen Gästen besucht. Wir nehmen an, daß unsere Leser bereits aus den Tagesblättern über die Verhandlungen des Parteitages informiert sind, so daß wir als Gewerkschaftsblatt auf breitere Wiedergabe verzichten können. Nothwendig halten wir es aber, daß die hauptsächlichsten Beschlüsse resp. gefassten Resolutionen hier Platz finden.

Zum Punkt Maifeier war von verschiedenen Rednern eine wirksamere Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai gefordert worden, jedoch wurde schließlich der früheren und nach Lage der Verhältnisse wohl auch passendsten Resolution mit großer Majorität zugestimmt:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Bezüglich der von der Buchhandlung „Vorwärts“ herausgegebenen Matzeitung und ähnlicher illustrierten Schriften, lagen mehrere Anträge vor, die eine bessere künstlerische Ausgestaltung dieser Blätter wollen. Es wurden dieselben dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen und sehen wir der nächsten Matzeitung mit Spannung entgegen.

Wie bereits mitgeteilt, referirte Abgeordneter Mollenbuhr zum Punkt Arbeiterversicherung. Das Referat soll als Agitationsbroschüre ausgegeben werden. Der Stuttgarter Gewerkschaftskongreß hat bekanntlich ebenfalls Stellung zu dem Thema genommen und lag ein Antrag vor, daß der Parteitag sich den dort angenommenen Grundsätzen anschließen solle. Mollenbuhr erklärte, daß seine Resolution nur die Einführung der Arbeitslosenversicherung im Prinzip verlange und vorläufig ein Streit darüber, ob das Reich oder die Gewerkschaften dieselbe in die Hand nehmen, nicht nöthig sei. Der Antrag wurde daraufhin zurückgezogen und die Resolution in folgender Fassung angenommen:

„Die Versicherungs-gesetze des Deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenlasten vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenersatz zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag:

1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen.
2. Vereinheitlichung der Versicherung.
3. Volle Selbstverwaltung durch die Versicherten.
4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten.

5. Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung.
6. Weiteren Ausbau der Unfallverhütung und der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten, insbesondere zu diesem Zweck: Einsetzung von Vertrauenspersonen behufs Kontrolle der Betriebe. Die Vertrauenspersonen sind von den Versicherten aus ihren Kreisen zu wählen und aus öffentlichen Mitteln zu besolden; vollen Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.
7. Unterstützung von Schwangeren, sobald im weiteren Verlaufe der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftszustand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren und von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens sechs Wochen vom Tage nach der Entbindung an.
8. Organisation des Arbeitsmarktes.
9. Einführung der Arbeitslosenversicherung.
10. Einführung der Wittwen- und Waisenversorgung.

Im kommenden Jahre finden bekanntlich Reichstagswahlen statt und ist es erklärlich, daß dieser Parteitag sich lebhaft mit der einzunehmenden Taktik und Vorbereitung hierzu beschäftigte. Abg. Nebel hielt eine glänzende Rede und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen, so auch bei der künftigen allgemeinen Reichstagswahl, in allen Wahlkreisen, in denen Parteigenossen sich befinden, eigene Kandidaten aufzustellen; dort, wo es noch nötig erscheint, schleunigst die Organisation in den Wahlkreisen auszubauen und vor allem auch auf die Beschaffung der nötigen Geldmittel bedacht zu sein.“

Kommen die Parteigenossen in die Lage, bei der engeren Wahl zwischen gegnerischen Kandidaten sich beteiligen zu müssen, so dürfen sie nur für denjenigen Kandidaten stimmen, der sich bereit erklärt, im Falle seiner Wahl

1. Für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts.
2. Gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel.
3. Gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung.
4. Gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes.
5. Gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Lasten erfordert, einzutreten.

Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenthaltung zu verkünden.“

Auch die Nebel'sche Rede soll als Agitationsbroschüre gedruckt werden und dürfte dieselbe auch für die Kreise innerhalb der Porzellanarbeiterschaft sehr empfehlenswert sein.

Die Alkoholfrage gerade in München mehr im Sinne der Alkoholgegner zu behandeln, war allerdings etwas zu viel verlangt; es wurde folgende Resolution nach einer kürzeren Diskussion angenommen:

„Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirtschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen.“

Der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der

Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären.

Die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirtschaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat, daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urtheil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Spezialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht bloß körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, erklärt der Parteitag die Anträge betreffend die Alkoholfrage als erledigt.“

Die Annahme dieser Resolutionen schließt nicht aus, daß die Gewerkschaften in ihren Zusammenkünften zu dem übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke Stellung nehmen und unsere Moskauer Genossen haben ja, wie aus ihrem Versammlungsbericht in voriger Nummer hervorgeht, dies in ganz interessanter Weise gethan.

Daß neben einer ganzen Reihe anderer Sachen der Parteitag auch gegen den herrschenden Fleischwucher Stellung nahm, ist selbstverständlich und wurden einstimmig folgende Resolutionen angenommen:

„Der Parteitag wolle beschließen:

Die Genossen zu verpflichten, im ganzen Lande Volks-Versammlungen abzuhalten, welche sich mit dem Fleischwucher beschäftigen und gegen die Politik der Lebensmittelvertheuerung zu protestiren haben.“

Ferner:

Die sozialdemokratische Fraktion zu ersuchen, bei Eröffnung des Reichstages eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten; des Weiteren die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zu ersuchen, die Abschaffung bzw. die Stirkung des Oktroi auf Fleisch und Fleischwaren zu beantragen.“

Der bisherige Parteivorstand wurde wiedergewählt, der nächste Parteitag soll in Dresden stattfinden.

— **Wahl eines Sekretärs und eines Bureaubeamten für das Centralarbeitersekretariat.** Der Gewerkschaftsausschuß vollzog in seiner Sitzung vom 26. September die Wahl eines Sekretärs und eines Bureaubeamten für das am 1. Januar 1903 zu errichtende Centralarbeitersekretariat. Es waren insgesamt 104 Bewerbungen eingegangen; davon 16 für den Posten des Sekretärs und 88 für den des Bureaubeamten. Zum Sekretär wurde Robert Schmidt-Berlin, zum Bureaubeamten Gustav Bauer-Berlin gewählt.

Die Generalkommission.
C. Legien.

(Corresp.-Bl.)

— **Christliche Gewerkschafter gegen christliches Centrum.** Von Köln wurde dem „Vorwärts“ über eine Versammlung berichtet, in der die dortigen Centrumsanhänger die Zollwucherkritik des neuen Centrumsvereins durch Lärm und Trompeten bekämpften. Am gleichen Abend fand in dem neuen Heim der Kölner Arbeiter, dem von der Genossenschaft „Arbeitergesellschaftshaus“ erworbenen Saalunternehmen, eine von etwa 1000 Personen besuchte Protestversammlung gegen den Fleischwucher statt. Sie nahm einen imposanten Verlauf. Einstimmig wurden nach einer ausgezeichneten Rede des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten für Köln-Stadt, Genossen

Hofrichter, zwei entsprechende Resolutionen beschlossen. In der Diskussion trat auch der christliche Gewerkschafter Schaller auf. Er gab zunächst der Freude Ausdruck, daß er ohne Weiteres in dieser sozialdemokratischen Versammlung zum Wort gelassen werde. Anders sei das bei der Centrumpartei. Er komme eben aus der von dem Centrumsverein veranstalteten Versammlung, die ebenfalls zur Fleischnoth Stellung nehmen sollte. Dort habe sich das Centrum im wahren Blicke gezeigt. Durch einen von Centrumsseite aufgeführten großen Tumult, der stundenlang dauerte, suchte man die katholischen Arbeiter mundtot zu machen. Er sei empört über diese Vergewaltigung, und das sei der Grund, weshalb er dort weggegangen sei, um hier in der sozialdemokratischen Versammlung als christlicher Arbeiter das Wort zu ergreifen. Er fordere besonders die zahlreich erschienenen Frauen auf, dafür zu wirken, daß bei der kommenden Reichstagswahl nur Stimmen für den Kandidaten abgegeben werden, der nicht nur gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle, sondern für deren Verringerung sei. Das Centrum suche stets die Religion in den Vordergrund zu drängen, und es benutze die Frömmigkeit als Deckmantel, um die Arbeiter noch mehr auszunutzen zu lassen. Wer einen Befürworter des Lebensmittelwuchers wähle, der sei ein Verbrecher an sich selbst und seiner Familie! Es wäre zu wünschen, daß alle im christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter sich dem anschließen möchten, dann würde es mit dem Wachen des Centrumsthurmes doch mal etwas ernster.

Versammlungsberichte etc.

Berlin II. Zu der am 20. September stattgefundenen Jahreshauptversammlung waren wohl die Kollegen von Berlin-Modell und Berlin I eingeladen worden, aber außer einigen Kollegen von Modell nicht erschienen. Nach Erledigung einiger Neuaufnahmen erstattete der Delegirte zur Gewerkschafts-Kommission Kollege Tobias über die Arbeiten der Kommission in diesem Jahre. Die Thätigkeit der Kommission wurde durch die Reise ebenfalls beeinflusst, indem die einzelnen Gewerkschaften während der letzten Zeit an größere Bewegungen nicht denken konnten und daher die Kommission nur bei wichtigen Anlässen zusammenzutreten brauchte. Einen großen Zeitraum der Verhandlungen nahm die im Februar dieses Jahres stattgefundene Arbeitslosenräthung und das Ergebnis derselben in Anspruch. Das Gesamtergebnis war an Arbeitslosen in Berlin und den Vororten 58 800 männliche und 13 295 weibliche Arbeiter. Berührt haben gearbeitet 44 328 männliche und 8772 weibliche Arbeiter. Mit den Familienangehörigen wurden insgesamt 122 731 Personen von der Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschränkung betroffen. Die Frage nach der Dauer der Arbeitslosigkeit ergab, daß in Berlin von den arbeitslosen Männern nur der zehnte Theil und von den beschränkt arbeitenden männlichen Arbeitern nur der siebente Theil unter zwei Jahren am Orte ist. Bei den Frauen ist bei den Arbeitslosen nur der sechzehnte Theil und bei den mit beschränkter Arbeitszeit arbeitenden nur der zwanzigste Theil unter zwei Jahren in Berlin gewesen. In den Vororten war das Ergebnis dieser Frage durch den starken Zug aus Berlin ein wesentlich anderes. Bei den arbeitslosen Männern und Frauen war es der fünfte Theil, von den beschränkt Arbeitenden bei den Männern der fünfte und bei den Frauen der siebente Theil, welche weniger als 2 Jahre am Orte waren. Von den Porzellanarbeitern hatten Angaben gemacht 67 Männer und 53 Frauen. Von den Ersteren waren 38 arbeitslos, während 29 beschränkt arbeiteten; von den Letzteren waren 38 arbeitslos und 15 arbeitsbeschränkt. Von den arbeitslosen Männern waren 9, welche unter 2 Monate und 15, welche länger als 2 Monate ohne Beschäftigung waren. Berührt arbeiteten 16 unter und 23 über 12 Stunden die Woche. In einer anderen Sitzung besaßte sich die Kommission mit dem Tarifvertrag der Buchdrucker. Obwohl an der Faltung des Verbandsorgans und auch an der sonstigen Stellungnahme der Buchdrucker im politischen und gewerkschaftlichen Leben eine scharfe Kritik geübt wurde, so mußten doch die Erfolge ihrer Organisation und die Zweckmäßigkeit des Tarifvertrages voll anerkannt werden. Ein weitere Sitzung besaßte sich mit der heutigen Auslegung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Der ursprüngliche Zweck der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung, die Sicherung des Koalitionsrechtes, wird durch die heutige Auslegung des Reichsgerichts und die Sand-

habung des genannten Paragraphen durch die Behörden völlig unvorstellbar gemacht. Die Kommission nahm in dieser Sache eine Resolution für den Gewerkschaftskongress an. In Bezug auf die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen erklärte sich die Kommission aus praktischen Gründen gegen die Einführung des Proportionalwahl-systems, indem dasselbe nur zwei hat, wenn es gleichmäßig eingeführt wird, woran unter den heutigen Verhältnissen nicht zu denken ist. Gelegentlich eines Vorkommnisses bei den Töpfern mußte die Kommission gegen das Verhalten der lokalorganisierten Gewerkschaften Stellung nehmen. In der Diskussion über den Bericht wird die Stellungnahme des Delegierten und der Kommission zur Frage der Proportionalwahl bemängelt und führt der Referent sodann die Gründe an, welche die Kommission zu ihrer Stellungnahme veranlaßt haben. Längere Diskussion entsteht über die Frage, ob der zweite Beisitzer im Gewerbegericht, der Porzellanarbeiter Kollege Pfeneder, da derselbe weder in Berlin beschäftigt ist, noch dort wohnt, sein Amt weiterführen soll. Obwohl von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen wird, daß eine Neuwahl nicht stattfinden kann und die Porzellanarbeiter ihren zweiten Beisitzer nicht so ohne Weiteres preisgeben sollen, wird ein Antrag angenommen, den Kollegen Pfeneder aufzufordern, sein Amt niederzulegen. Als Kandidat zum Beisitzer des Gewerbegerichts wird der bisher dies Amt ausübende, aber jetzt als solcher ausgestoßte Kollege R. Zahn für die demnächst stattfindende Wahl wieder aufgestellt. Seitens des Komitees wird sodann noch aufgefordert, recht regen für den Besuch unseres Stiftungsfestes zu agitieren.

Literarisches.

Von der **Pötte**, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag S. Wallfisch) ist soeben das 13. Heft erschienen. Das vorliegende Heft zeichnet sich durch zwei von dem bekannten Leipziger Kunstphotographen Nicola Perscheid ausgenommene Portraits Ignaz Auer's besonders aus, dessen Bedeutung für die Arbeiterbewegung in einem von August Wedel geschriebenen Aufsatz gewürdigt wird. Das Heft enthält ferner: Liebe ist ewig. Roman von Wilhelm v. Polenz. — Aus dem Schicksalsbuche der Tierwelt in den Polarländern. Von Wilhelm Bölsche. — Kunstphotographie. Von Walter Hofmann. — Rudolf Kirchow. Von Dr. Popitz. — Schiffbruch. Eine Erinnerung aus dem Seemannsleben von Ernst Schwieger. Die Gel und die Nachtigallen. Adler und Vork. Gedichte von Gottfried Bürger. — Notizen. — Kunstbeilage: Ignaz Auer. Diese Zeitschrift ist sehr empfehlenswert.

Briefkasten.

Kl.-Voss. Ein Bogen an Gen. Wollmann hat dem Schreiben nicht beigegeben. — Die „A.“ wird regelmäßig Donnerstag Nachmittag (sämtliche Exemplare) zur Post gegeben. Nur von der Nr. 40 ging ein kleiner Teil erst Freitag Vormittag ab, da am Donnerstag der Druck infolge eines technischen Hindernisses nicht fertig wurde. — Berammlungsanzeige bitte allmonatlich einzusenden, die Schaffung eines Kalenders fürs ganze Jahr ist von der Generalversammlung abgelehnt worden. — M. M. Villa Columba bei Curityba, estado Parama. Das von dem Rahmen bereits bekannt. — Neustadt. Bitte doch den Kassierer und Schriftführer sich darüber zu einigen, wer mir die event. Mitteilungen zu machen hat, oder aber beide zusammen in einem Kouvert an mich abzuschicken. Wenn ich die Mitteilungen vom B. verarbeite und zum Seker gegeben habe, kommt anderen Tages G. mit einer Reihe anderer Mitteilungen, die zu verwerthen dann zu spät ist.

Versammlungskalender.

Berlin-Charlottenburg. Vorstandssitzung, Dienstag, 14. Oktober, Abends 8 Uhr bei Fischbach, Marschstraße 24.
 Annaburg. Sonnabend, 11. Oktober im Vereinslokal. Wegen Quartalsabschlusses ist das Erscheinen aller Pflicht.
 Arzberg. Sonntag, 12. Oktober, Nachmittags 3 Uhr (nicht Abends 8 Uhr) im Vereinslokal.
 Berlin I. Montag, den 13. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr bei Blume, Schönbauer Allee 70.
 Berlin II. Sonnabend, 18. Oktober bei Wollschläger, Adalbertstr. 21. Geschäftliches. Verschiedenes.
 Blankenhain. Sonnabend, den 18. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
 Bonn-Poppelsdorf. Sonntag, 19. Oktober bei Fassbender, Rasernenstr. 16. Quartalsabschluss. Alle erscheinen!
 Charlottenburg. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus. Vortrag.
 Darmstadt. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 7 Uhr im Vereinslokal.
 Eiferwerda. Sonnabend, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“. Erscheinen aller notwendig. Die Mitglieder werden auf den Quartalsabschluss aufmerksam gemacht.

Fürstenberg a. D. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss und Rassenübergabe.
 Gera. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.
 Gotha. Sonnabend, 18. Oktober in der „Erholung“.
 Gräfenroda. Sonntag, 19. Oktober, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Alle Reste müssen bis dahin beglichen werden. Die auswärtigen Kollegen haben ebenfalls alle zu erscheinen.
 Hamm. Sonnabend, 11. Oktober im Vereinslokal. Beitragssitzung. Wegen des Abschlusses müssen sämtliche Reste beglichen werden. Wahl eines Vertrauensmannes. Verschiedenes.
 Ilmenau. Sonnabend, 11. Oktober, Abends im „Erbsprinzen“.
 Kilmars. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss. Alle erscheinen.
 Langewiese. Sonntag, 12. Oktober, Nachmittags 2 Uhr im „Fürstenthor“.
 Magdeburg. Sonnabend, den 11. Oktober, Abends 8 Uhr bei Bartels, Fabrikstr. 5-6. Alle erscheinen.
 Mannheim. Sonntag, 12. Oktober, Nachmittags 3 Uhr im Restaurant Puck, Dammstr. 10.
 Mitterteich. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Quartalsabschluss.
 Neuhaldensleben. Sonnabend, 11. Oktober im Vereinslokal. Da der Abschluß am 15. Oktober fertiggestellt wird, sind sämtliche Beitragsreste zu zahlen, sonst statutengemäß Streichung.
 Neustadt. Sonnabend, 11. Oktober, Abends punkt 7 Uhr im „Bergschlößchen“. Quartalsabschluss. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.
 Nürnberg. Sonnabend, den 25. Oktober im „Felsacker“, Ecke Fabrikstraße.
 Schwarz. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 1/2 9 Uhr im Vereinslokal.
 Schwelm. Sonnabend, 11. Oktober im Lokale des Herrn Kaufmann.
 Seib. Sonntag, 12. Oktober, Nachmittags 2 Uhr im „Ludwigskeller“. Alle erscheinen. Von jetzt ab finden die Monatsversammlungen jeden 2. Sonntag im Monat statt.
 Waldfassen. Sonnabend, 11. Oktober, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Bibliothekbücher sind mitzubringen.
 Wiesau. Sonnabend, 11. Oktober im Vereinslokal. Alle erscheinen.

Adressen-Nachtrag.

Annaburg. Reviz.: Gust. Schmidt, Mittelstraße 83. Beis.: Emil Reil, Markt 12.
 Ahlen. Schriftf.: Paul Weinholt, Maler, Altemweg 26.
 Bayreuth. Vorsitzender Böhner wohnt Marktgrafenallee 6.
 Berlin II. Vors.: Max Korn, Maler, Rigdort, Raybachufer 4.
 Kloster-Vessra. Kass.: Wolfgang Wesp, Maler, wohnt nicht Themar, sondern in Kloster-Bebra (Zwick). Bibliothekar: August Büttner, Maler. Vertrauensmann: F. Ruppert.
 Berlin II. Beis.: Otto Frank, Maler, Petersburgerstr. 70.
 Magdeburg-Neustadt. Vors.: Franz Klein, Formgießer, Grobkammensleben.

Glanzgold bester Qualität, 10 Gramm 3,50 Mark, bei Abnahme grösserer Quantitäten billiger offerirt Emil Böhme, Goldgeschäft, Eisenberg S.-A.

Goldschmiede, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Glaschen, Mäpfe u. s. w. werber ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. ausgetauscht. Sendungen werden schmerzlos erbetigt.
 M. Haupt, Dresden-A.
 Hammerstr. 12.

Goldschmiede
 goldhaltige Lappen und Glaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bezahlung.
 Oskar Rottmann, Stabilitas, Eifer



Otto Seifert
 Zwickau S., Osterwelhstr. 18

Emil Böhme
 Eisenberg S.-A.
 Einkaufsgesellschaft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.
 Reelle und pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Ilmenau. Montag, den 13. und Dienstag, den 14. Oktober, Abends von 8 Uhr ab in Mohrs Lindentheater

Populär-Wissenschaftliche Vorträge
 gehalten vom Gen. R. Weiswanger-Nürnberg. Hierzu sind die verehrten Mitglieder nebst Angehörigen mit dem Bemerken eingeladen, daß für jedes Mitglied zwei Eintrittskarten gratis durch den Kassierer verabreicht werden.
 1,80 Die Verwaltung.

Charlottenburg Sonntag, den 19. Oktober, Nachmittags 4 Uhr im großen Saale des „Volkshauses“
Große öffentliche

Porzellanarbeiter-Versammlung
 beiderlei Geschlechts. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein und Ball. Zahlreichen Besuch erwünscht
 Der Einberufer.

Markt-Redwitz. Sonntag, den 12. Oktober feiert die hiesige Bahnhofsstelle im Hotel „Kaiserhof“ ihr diesjähriges

Stiftungs-Fest
 bestehend in Konzert von 1/3 bis 7 Uhr, von 8 Uhr ab Ball, wozu sämtliche Mitglieder und die umliegenden Bahnhofsstellen freundlichst eingeladen werden.
 1,35 Die Verwaltung.

16. Agitationsbezirk Vorort Seib.

Ersuche die Vertrauensmänner, der diesem Bezirk zugewiesenen Bahnhofsstellen, mir recht bald ihre Adressen anzugeben. Dem Bezirk gehören folgende Bahnhofsstellen an: Wunsledel, Arzberg, Hohenberg, Markt-Redwitz, Mitterteich, Tirschenreuth, Vohganstrass, Waldsassen, Welden und Wiesau.

Der Vorsitzende der Agitationskommission:
 N. Laumann, Wunsiedel (Bayern), Ludwigstr. 211.

Sage für die mir übersandte freiwillige Unterstützung von den Bahnhofsstellen Roschendorf 19,42 Mt., Hirschau 15,50 Mt., Poppelndorf 6,70 Mt. und Blankenhain 7,50 Mt. meinen besten Dank.
 Konrad Grötsch, Dreher.

Charlottenburg. Sonnabend, den 11. Oktober, müssen sämtliche Beiträge für das 3. Quartal beglichen werden, widrigenfalls nach dem Statut verfahren wird.
 Der Kassierer.

Bonn-Poppelsdorf. Fordere die Mitglieder auf, ihre Restbeiträge bis 15. Oktober zu begleichen, da ich bis dahin den Abschluß fertigstelle, und mache auf § 5 Abs. 2 des Statuts aufmerksam.
 Der Kassierer.

Ilmenau. Mache die Mitglieder darauf aufmerksam, daß ich den Abschluß pro 3. Quartal pünktlich absenden werde und müssen sämtliche restierenden Beiträge beglichen werden.
 Alf. Rämmer, Kassierer.

Köppelsdorf. Die Mitglieder hiesiger Bahnhofsstelle werden aufgefordert, sämtliche Bibliothekbücher betreffs Versicherung bis zum 12. d. M. im Vereinslokal abzugeben. — Den durchreisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kassierer nur an ausgesteuerte Mitglieder freiwillige Unterstützung ausahlt.
 Die Verwaltung.

Kronach. Den Kollegen zur Kenntnis, daß ich Sonntag, den 19. Oktober mit Fertigstellung des Abschusses beginne und bis dahin alle Beitragsreste beglichen werden möchten, widrigenfalls Streichung erfolgen möchte.
 Reichard Schedel, Kassierer.

Kloster-Vessra. Den durchreisenden Kollegen zur Kenntnis, daß ich freiwillige Unterstützung nur an Kollegen (laut Bahnhofsstellenbesuch) die ausgesteuert sind und solche, die mit 20 Jahren ihre Karenzzeit noch nicht um haben, auszahlte und zwar in der Zeit von 12 bis 1 Uhr Mittags und von 6 bis 8 Uhr Abends.
 Wolfsgana Wesp, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Junger Maler, militärfrei, tüchtig in Landschaften, Figurenköpfen und Blumen moderner Richtung sucht Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Auch auf Wappen zum Einarbeiten. Offerten unter K. N. 300.